

13/S-BR/2020

STELLUNGNAHME

**gemäß Art. 23e B-VG
des EU-Ausschusses des Bundesrates
vom 7. Oktober 2020**

COM(2018) 392 final Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, wird aufgefordert, sich bei den laufenden Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU insbesondere dafür einzusetzen, dass

- es endlich mehr Verteilungsgerechtigkeit bei der Vergabe von EU-Agrarförderungen gibt und eine wirksame Degression und Deckelung der Zahlungen pro Betrieb EU-weit vorgeschrieben wird;
- es auf europäischer Ebene zu verpflichtenden und wirksamen „Eco-Schemes“, im Ausmaß von mindestens 40% der Mittel aus der ersten Säule (EGFL) kommt;
- es EU-weit zu einer massiven Verbesserung der Arbeitssituation für LandarbeiterInnen und ErntearbeiterInnen kommt,
 - o indem Betriebe, die Mindestlöhne nicht einhalten bzw. schlechte Arbeits- und Unterbringungsbedingungen bieten, ihre Agrarförderungen verlieren und
 - o es keinesfalls Zahlungen über einer festgelegten Obergrenze geben darf, die mit den vielen Arbeitskräften begründet werden, wenn die Arbeitssituation für Land- und ErntearbeiterInnen nicht überprüft und als korrekt beurteilt wurde;
- die Ziele der Farm to Fork Strategie mit der GAP erfüllt werden;
- EU-weit der Bioanteil in der Landwirtschaft erhöht werden muss.